



Dr. Reinhard Brandl  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Rede am 21. Juni 2011

**„Das europäische Raketenabwehrsystem und Russland“**

**Konferenz der Hanns-Seidel-Stiftung „Die Perspektiven der  
transatlantischen Sicherheit unter Berücksichtigung der Rolle  
Russlands“**

Lassen Sie mich zu Beginn meiner Ausführungen der Hanns-Seidel-Stiftung und insbesondere Herrn Dr. Markus Ehm danken, der dieses Konferenzprogramm so hervorragend organisiert hat.

Gerade für mich, als einen noch jungen Politiker, ist ein solches Programm von unschätzbarem Wert. Es erlaubt mir – oder besser gesagt – es erlaubt uns allen, das Verständnis für die Situation und die Denkweisen im jeweils anderen Land zu erhöhen und an der Bande der Freundschaft weiter zu knüpfen.

Vielen Dank deshalb auch an Sie alle, die Sie heute gekommen sind und an diesem Gedankenaustausch zwischen Russland und Deutschland teilnehmen. Es ehrt uns wirklich sehr.

Seit knapp zwei Jahren bin ich Mitglied im Deutschen Bundestag. Ich vertrete den Wahlkreis Ingolstadt in der Mitte Bayerns, im Süden von Deutschland. Seit dieser Zeit gehöre ich auch dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages an und beschäftige mich intensiv mit Fragen der Sicherheitspolitik und der Struktur unserer Bundeswehr.

### **Die Reform der Bundeswehr**

Wie Sie sicher wissen, befindet sich Deutschland momentan mitten in der Phase einer großen Reform seiner Streitkräfte. Lassen Sie mich, bevor ich zu den spezifischen Fragen der Raketenabwehr komme, kurz die Hintergründe dafür erläutern.

Die Aufgaben der Bundeswehr haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich verändert. Aus einer Armee, die bis 1990 im Wesentlichen für die territoriale Landesverteidigung aufgestellt war, ist eine Armee im Einsatz geworden.

Es befinden sich permanent rund 7.000 Soldatinnen und Soldaten im Auslandeinsatz. Der größte Teil davon in Afghanistan mit knapp 5.000 sowie im Kosovo mit rund 1.000 Soldaten. Dazu kommen eine ganze Reihe kleinerer Einsätze, wie zum Beispiel der Kampf gegen Piraterie am Horn von Afrika oder maritime Überwachungsaufgaben vor der Küste des Libanons.

Die Struktur und die Organisation der Bundeswehr sind dieser Entwicklung nicht vollständig gefolgt. Es besteht, gemessen an den Aufgaben, eine strukturelle Unterfinanzierung sowie ein Mangel an den richtigen Fähigkeiten und Führungsstrukturen. Bei Fähigkeiten und

Ausstattung fehlt es uns an vielem, was wir heute im Einsatz brauchen. Dafür haben wir an anderen Stellen zuviel von dem, was wir nicht mehr brauchen. Durch lange Rüstungs- und Beschaffungsvorgänge sind viele Haushaltsmittel langfristig gebunden, zum Teil für Material, das vor vielen Jahren bestellt wurde und das wir heute in der Form und Menge gar nicht mehr benötigen.

Die jetzige konservativ-liberale Koalition aus CDU/CSU und FDP hat deswegen in ihrem Koalitionsvertrag 2009 eine Neuausrichtung der Bundeswehr beschlossen. Unser ehemaliger Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat auf dieser Grundlage die Reform angestoßen. Sein Nachfolger Thomas de Maizière führt sie jetzt fort.

Das Ziel der Reform ist es, die Bundeswehr so aufzustellen, zu finanzieren, auszustatten und zu führen, dass wir als Land unsere nationalen Interessen wahren, international Verantwortung übernehmen und zu Hause in Deutschland, genauso wie mit unseren Partner in der Welt, Sicherheit gestalten können.

Die Bundeswehr wird dazu deutlich verkleinert. Die Zahl der Soldaten wird von 250.000 auf maximal 185.000 reduziert. Bereits beschlossen und umgesetzt ist die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht. In wenigen Tagen, am 30. Juni 2011, werden die letzten Wehrpflichtigen die Bundeswehr verlassen. Ab 01. Juli ist sie eine reine Freiwilligenarmee. Im Moment beschäftigen wir uns sehr mit Maßnahmen zur Gewinnung von Freiwilligen. In Zeiten einer guten Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt und einem demografiebedingten Rückgang von Bewerberzahlen ist das keine einfache Herausforderung.

### **Die neuen Verteidigungspolitische Richtlinien**

Grundlage der Struktur der Bundeswehr ist eine sicherheitspolitische Analyse, die ausgehend von einer Beurteilung der gegenwärtigen Lage und den sich abzeichnenden Entwicklungen, die Ziele deutscher Außen- und Sicherheitspolitik definiert und daraus Auftrag und Aufgaben der Bundeswehr ableitet. Im Zuge der laufenden Reform wurden diese sogenannten Verteidigungspolitischen Richtlinien neu gefasst und von Verteidigungsminister Thomas de Maizière am 18. Mai 2011 vorgestellt.

Die sicherheitspolitischen Ziele Deutschlands werden darin wie folgt definiert: Sicherheit und Schutz der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands, territoriale Integrität und Souveränität Deutschlands und seiner Verbündeten sowie die Wahrnehmung internationaler Verantwortung.

Aus diesen generellen Zielen leiten sich folgende konkrete Aufgaben für die Bundeswehr ab:

- Landesverteidigung als Bündnisverteidigung im Rahmen der Nordatlantischen Allianz;
- internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung – einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus;
- Beteiligung an militärischen Aufgaben im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union;
- Beiträge zum Heimatschutz, d.h. Verteidigungsaufgaben auf deutschem Hoheitsgebiet sowie Amtshilfe in Fällen von Naturkatastrophen und schweren Unglücksfällen, zum Schutz kritischer Infrastruktur und bei innerem Notstand;
- Rettung und Evakuierung sowie Geiselnbefreiung im Ausland;
- Partnerschaft und Kooperation als Teil einer multinationalen Integration und globalen Sicherheitszusammenarbeit im Verständnis moderner Verteidigungsdiplomatie;
- humanitäre Hilfe im Ausland.

Die Einsätze der Bundeswehr im Ausland werden – mit Ausnahme von Evakuierungs- und Rettungsoperationen – grundsätzlich gemeinsam mit Verbündeten und Partnern im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO und/oder der Europäischen Union geplant und durchgeführt.

### **Die Bedeutung der NATO für die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik**

Ich möchte den erstgenannten Punkt – Landesverteidigung als Bündnisverteidigung im Rahmen der Nordatlantischen Allianz – noch einmal herausgreifen.

Die NATO erhält und garantiert durch ihr System der kollektiven Verteidigung den Schutz und die territoriale Unversehrtheit ihrer Mitgliedsstaaten. Die Zusammenarbeit im Bündnis, die militärische Integration und die wechselseitige politische Solidarität mit unseren Partnern sind Kernelemente unserer eigenen Sicherheitsvorsorge.

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist deshalb eng mit der NATO verknüpft. Wir nehmen unsere Verantwortung im Bündnis wahr und stehen zu unseren Verpflichtungen. Diese sind strukturbestimmend für die Bundeswehr.

## **Wachsende Bedrohung durch ballistische Flugkörper und Proliferation**

Innerhalb, aber auch außerhalb der NATO, gibt es einen weitgehenden Konsens darüber, dass die Proliferation und Weiterentwicklung von ballistischen Flugkörpern mit Massenvernichtungswaffen ein erhebliches Risiko darstellt.

Und dies nicht nur für die NATO und ihre Mitgliedsstaaten, sondern potentiell für Länder in der ganzen Welt. Ich denke dabei im Moment vor allem an den Iran und Nordkorea. Beide Länder haben durch Trägerraketenstarts gezeigt, dass sie über die grundsätzliche technische Fähigkeit verfügen, ballistische Flugkörper über mehr als 1000 km zu verschießen. Gleichzeitig arbeiten beide Länder an Technologien für nukleare Gefechtsköpfe. Der technologische Fortschritt wird in den nächsten Jahren zu höherer Treffgenauigkeit und größeren Reichweiten führen.

Iran und Nordkorea stellen nur die konkreteste Bedrohung dar. Weltweit sind es aber über 30 Nationen, die über entsprechende Fähigkeiten verfügen oder dabei sind, diese zu entwickeln.

Natürlich stellen die allermeisten davon keine unmittelbare Bedrohung dar, weder für das NATO Bündnisgebiet, noch für Russland, noch für andere Länder. Aber schon die grundsätzliche Existenz solcher Waffen, macht es notwendig, über die Möglichkeit ihrer Abwehr nachzudenken.

Wie weit in den einzelnen Ländern die Entwicklung tatsächlich ist, lässt sich von außen häufig nur schwer konkret nachweisen. Ohne eine wirksame Raketenabwehr könnte aber allein schon die Behauptung eines Landes, über entsprechende Fähigkeiten zu verfügen, ein politisches Erpressungspotential entwickeln und eine ernstzunehmende Krise auslösen.

Konventionelle oder gar nukleare Abschreckung allein werden im Zweifel radikale Staaten und militante Gruppierungen glaubwürdig und verlässlich von Drohungen mit einem Raketenterrorangriff nicht abhalten können.

Neben der Abschreckungskomponente und einem wirksamen Nichtverbreitungsregime, werden deswegen funktionierende Frühwarn- und Abwehrmaßnahmen gebraucht. Wegen der zeitintensiven technischen Entwicklungszyklen kann damit aber nicht gewartet werden, bis die Bedrohung konkret und für jeden erfahrbar wird. Vielmehr muss damit rechtzeitig

begonnen werden, um eine Abwehrfähigkeit dann bereits zu haben, wenn diese gebraucht wird.

Der rechtzeitige Aufbau einer Abwehrfähigkeit hat aber noch einen weiteren Zweck. Es macht den Willen und die politische Entschlossenheit sichtbar, der wachsenden Raketenbedrohung etwas entgegenzusetzen und ihr die Wirksamkeit zu nehmen.

Die damit verbundene politische Botschaft lautet: Raketenrüstung lohnt nicht! Die damit verknüpfte Hoffnung setzt auf Einsicht und die daraus wachsende Bereitschaft, die Bedrohung erst gar nicht entstehen zu lassen und mit Hilfe kooperativer Rüstungskontrollvereinbarungen einzuhegen.

### **Raketenabwehr als Aufgabe der NATO**

Die Raketenabwehr der NATO zielt genau darauf ab. Glaubwürdige gemeinsame kollektive Verteidigungsbereitschaft nach innen und nach außen zu dokumentieren und zugleich einen Beitrag zu leisten, die Bedingungen für Abrüstung und Rüstungskontrolle im Bereich der Proliferation von Raketenträgertechnologie zu verbessern, die uns allen, auch Russland, zunehmende Sorge bereitet.

Der Aufbau eigener territorialer Raketenabwehrsysteme würde die meisten Länder nicht nur finanziell, technologisch oder operativ überfordern. Auch politisch würden dadurch Zonen unterschiedlicher Sicherheit entstehen, die dem weitreichenden Charakter der Bedrohung nicht angemessen sein würden.

Es ist deswegen richtig und wichtig, dass die NATO als Verteidigungsbündnis die Raketenabwehr auf dem Lissaboner Gipfel zu einer ihrer zentralen Bündnisaufgaben gemacht hat und dies zugleich mit einem Angebot an Russland zur Zusammenarbeit verknüpft hat. Solch eine Zusammenarbeit könnte zu einem tiefgreifenden Beziehungswandel zwischen NATO und Russland führen und die im neuen Strategischen Konzept der NATO angelegte Partnerschaft mit konkreter Substanz erfüllen.

In Deutschland haben wir es sehr begrüßt, dass die neue U.S. Administration den ursprünglich gewählten Ansatz der Vorgängerregierung aufgegeben hat und nun über den „European Phased Adaptive Approach“ einen nationalen Beitrag für ein gemeinsames NATO-Raketenabwehrsystem leistet.

Grundlage des Systems ist das bereits im Aufbau befindliche ALTBMD System (Active Layered Theatre Ballistic Missile Defence) der NATO, das zum Schutz von Truppen im Einsatz gegen eine Bedrohung durch ballistische Raketen mit kürzerer bis mittlerer Reichweite vorgesehen ist. Mit dem European Phased Adaptive Approach ist von U.S. Seite geplant, das System in vier Phasen bis 2020 Schritt für Schritt aufzubauen. Es ist naheliegend und sinnvoll, dass während dieses Zeitraums die Bedrohungslage immer wieder neu überprüft wird und die Planungen angepasst werden.

Innerhalb der NATO wird dieser Ansatz als „incremental approach“ bezeichnet, ein sich nach Bedrohungslage, Technologieentwicklung und militärpolitischen Prozessen schrittweise aufbauendes System. Ein aus deutscher Sicht auch politisch richtiger Ansatz, der beweisen soll, dass die NATO Raketenabwehr nicht gegen Russland und sein strategisches Potential gerichtet ist. Es soll auch dazu beitragen, in den ersten beiden Phasen das gegenseitige Vertrauen zu stärken und die Zusammenarbeit schrittweise zu entwickeln.

### **Die Zusammenarbeit mit Russland**

In Deutschland wurde daher sehr begrüßt, dass im NATO-Russland Rat im Nachgang zum Lissaboner NATO-Gipfel auf Ebene der Staats- und Regierungschefs ein Einstieg in die Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr gefunden wurde. Wir stehen damit vor einer historischen Chance für den Ausbau der NATO-Russland Partnerschaft, die wir nicht verstreichen lassen sollten. Wir werden dabei jedoch nur Erfolg haben, wenn wir uns realistische Ziele setzen und diese schrittweise zu erreichen versuchen.

Dazu gehören sowohl die gegenseitige Anerkennung der Schutzverantwortung für das jeweils eigene Territorium als auch die Einsicht, dass vertraglich verbindliche ABM-Abkommen in die Mottenkiste des Kalten Krieges gehören. Gebraucht wird eine transparente, vertrauensfördernde und kooperative Zusammenarbeit, die ohne das gegenseitige Misstrauen dokumentierende Vertragswerke auskommt.

Ich hoffe sehr, dass es den Ministern oder den Staats- und Regierungschefs bis spätestens zum nächsten NATO-Gipfel im Mai 2012 gelingt, eine von allen Seiten akzeptierte Kooperationslösung zu finden.

Wir in Deutschland haben ein hohes Interesse an guten Beziehungen zu Russland. Wir wollen angesichts unserer langen, aber auch tragischen und leidvollen gemeinsamen Geschichte zu einem friedlichen gemeinsamen Weg mit Russland beitragen, von dem alle

auf unserem europäischen Kontinent gleichermaßen profitieren können. Wo es uns möglich ist, tragen wir zur Vertrauensbildung und zum Ausbau der Kooperation bei. Das gilt auch für den sensitiven Bereich der Raketenabwehr.

Sie wissen sicher, dass Deutschland im Jahr 2012 als einen ersten Praxistest für eine zukünftige Zusammenarbeit im Bereich Raketenabwehr eine gemeinsame „Theatre Missile Defence“ Übung im Rahmen des NATO-Russland-Rates abhalten wird. Es finden bereits erste Planungstreffen dazu mit Russland statt und auch wenn die Planungen in den Schatten der strittigen Fragen geraten sind, so werden sie weiter vorangetrieben. Die Übung kann vielleicht auch in Bezug auf die noch bestehenden Differenzen einen praktischen Beitrag zur Kooperation liefern.

Wir wissen jedoch, dass wesentliche Entscheidungen nur bilateral zwischen Russland und den USA geklärt werden können. Durch solche Übungen möchten wir aber auch unseren Beitrag zum Ausbau der Vertrauensbasis leisten.

Unser Außenminister Dr. Guido Westerwelle hat es in der Debatte zum neuen Strategischen Konzept der NATO auf den Punkt gebracht:

„Wir wollen gemeinsam mit Russland unsere Sicherheit verbessern und nicht in Konfrontation zu Russland.“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die NATO – inklusive Deutschland – und Russland stehen vor einer ganzen Reihe gemeinsamer sicherheitspolitischer Herausforderungen. Ich nenne nur das gemeinsame Interesse an einem stabilen Afghanistan, der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Eindämmung des weltweiten Drogenhandels, der Kampf gegen Piraterie oder die Proliferation von Massenvernichtungswaffen.

Ich bin überzeugt davon, dass die Welt sicherer und friedlicher werden wird, wenn wir diese Herausforderungen konsequent gemeinsam angehen. Die Staats- und Regierungschefs des NATO-Russland-Rates haben ihren Willen dazu auf dem Gipfel in Lissabon bekräftigt. Die Frage der Raketenabwehr wird in dem Zusammenhang heute noch als Streitfrage zwischen der NATO und Russland gehandelt.



Aber in dem Thema liegt auch eine große Chance. Wenn es gelingt, hier zu einer nachhaltigen und vertrauensvollen Kooperation zu finden, würde das nicht nur den Schutz unserer Bevölkerung und Territorien vor Angriffen ballistischer Raketen dienen, sondern wäre ein wichtiger Baustein einer langfristig angelegten strategischen Sicherheitspartnerschaft.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.